

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., jährlich 12 Briefmarken. Die einzige Nummer kostet 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote-Dienstvererber, Bahnpost-Abteilung 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die monatliche Postgebühr kostet 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

Briefetal-Bote

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechpost: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 34 Sprechpost Amt Birkenwerder 2005 Sonntag, den 27. Mai 1928 Postfachkonto: Berlin 62.448. 27. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Bergfelde. Einladung zur Gemeindevertreter-Sitzung.

Zu der auf Mittwoch, den 30. Mai 1928, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Hohen Neuendorfer Straße 3, andererseits Sitzung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschlossen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:
A. Öffentlich:
1. Einführung eines Gemeindevorsetzers.
2. Entgegennahme von Straßenland.
3. Erhaltungssachenangelegenheit.
4. Entwässerung des Heides'ans.
5. Annahme einer Anleihe von 2460 RM. zur Deckung des Betriebsanteils bei der Brandenburgischen Stroszentrale.
6. Annahme einer Anleihe von 10000 RM. für Instandsetzung der Mittelstraße und eines Teiles der Birkenwerder Straße.
7. Vergütung der Spritzenführer.
8. Beschlußfassung über Festsetzung von Anerkennungsgeldern.
9. Kenntnisnahmen und Beschließenes.
B. Nichtöffentlich:
10. Niederlegung eines Steuerrestes.
11. Vorrangseinräumung.

Bergfelde, den 26. Mai 1928.
Der Gemeindevorsteher. Czokowski.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Für die Elternratswahl wurde in ordentlicher Sitzung folgender Wahllokal ernannt: 1. Frau Küster, 2. Frau Pulk, 3. Frau Krog. Dem Wahllokal sind bis zum 31. Mai Vorklappzettel für die am 10. Juni stattfindende Wahl einzureichen.

Borgsdorf, den 26. Mai 1928.
Czelebi, Schulverbandsvorsteher.

Politische Pfingsten.

Pfingsten, das „liebliche Fest“, das „Fest der Frieden“, wie es die Dichter so gern nennen, ist in diesem Jahr in eine politisch bewegte Zeit gefallen. Noch kittert die Erregung des hinter uns liegenden Wahlkampfes nach. Ein recht unheiliger Geist war es, der diesen Wahlkampf befeuerte; jedes Mittel, das geeignet schien, den politischen Gegner in der Meinung der Wähler herabzusetzen, wurde angewandt. Eine politische Giftgaswolke lagerte über Deutschland, und nur langsam verzogen sich die Schwaden.

Aber jetzt macht das Pfingstfest seine Rechte geltend. Es scheint fast, als hätte auch der launische Wettergott ein Einsehen. Die „Gestrungen Herren“, die sich in diesem Jahre weit über die ihnen vom Volksglauben zugestandene dreitägige Frist breitgemacht haben, scheinen nun doch ihre Köpfe gepakt zu haben, und Winterstürme wichen dem „Wonnemond“. Auch die leidige Politik muß in diesen Pfingsttagen ruhen. In allen Parteilagern macht sich nach der scharfen Anspannung der letzten Wochen ein Ruhebedürfnis geltend. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind daher bis nach Pfingsten vertagt worden. Mit Aussicht auf Erfolg können sie ja auch erst aufgenommen werden, wenn die Fraktionen verjammelt sind. Der Zusammenritt des Reichstags ist aber erst für die Zeit zwischen dem 10. und 15. Juni in Aussicht genommen.

Zur Zeit weiß man noch nicht einmal genau, wer alles dem neuen Reichstag angehören wird. Das vorläufige Gesamtergebnis liegt zwar jetzt vor, und es ist wenig wahrscheinlich, daß die Endzahlen noch große Abweichungen bringen werden. Da aber eine ganze Reihe von Abgeordneten gleichzeitig auf Kreiswahlvorläufen und auf der Reichsliste gewählt worden sind, so muß erst abgewartet werden, für welches Mandat sie sich entscheiden. Davon hängt dann wieder ab, ob auf dem Kreiswahlvorlauf oder auf der Reichsliste der nächste aufrückt. Diese Entscheidung wird natürlich nicht ohne Mitwirkung der betreffenden Parteileitung getroffen werden.

Vorläufig stehen also die Fraktionen nur erst der Zahl, nicht aber dem Personalbestande nach fest. Aber selbst die Zahlen können sich noch ändern, da man noch nicht weiß, ob sich nicht die verschiedenen Parteimitglieder dieser oder jener Fraktion, wenn auch vielleicht nur als Hospitanten, anschließen werden. Da die eigentliche politische Arbeit ausschließlich in den Ausschüssen geleistet wird, in diesen aber nur Fraktionen vertreten sind, so spielen die „Widren“ im Parlament überhaupt keine Rolle. Zur Bildung einer Fraktion gehören aber mindestens 15 Abgeordnete. Danach kann die Reichsliste-Partei, die im alten Reichstag nur 11 Mitglieder zählte und sich deshalb mit dem Bayerischen Bauernbund und den Wesseln zu einer Fraktion der Reichsliste vereinigte, sich zusammenschließen hätte, jetzt eine eigene Fraktion bilden, da ihre Mandatszahl auf 23 angewachsen ist. Als Spitznamen wurden diesen

oann aber immer noch übrig: Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei (13 Mandate), die Nationalsozialisten (12), die Deutsche Bauernpartei (8), der Landbund (3), das Sächsische Landvolk (2) und die Volksrechtspartei (2). Noch liegt keine endgültige Erklärung seitens dieser Gruppen vor, ob sie sich einer größeren Fraktion anschließen werden. Auch diese Entscheidung dürfte voraussichtlich erst fallen, wenn sich im Juni die Fraktionen in Berlin verjammeln.

Es ist unter diesen Umständen ziemlich mühsam, schon jetzt Betrachtungen über die mutmaßliche Zusammenfügung der künftigen Regierung anzustellen zu wollen. Ueber eins hat allerdings das Wahlergebnis Klarheit gebracht: Im neuen Reichstag kommt nur eine Regierung der Großen Koalition in Frage. Alles Nähere, insbesondere die Verteilung der Ministerposten, liegt aber noch im Dunkeln, und es ist wohl auch nur eine Mutmaßung, wenn man davon spricht, daß die Sozialdemokratie u. a. auch das Reichspostministerium für sich beansprucht. Von früheren Regierungsbildungen her weiß man, wieviel Schwierigkeiten gerade diese Personalfragen machen, selbst wenn sich die Parteien über die Richtlinien der zu befolgenden Politik schon geeinigt haben. Wären sich die Parteiführer darüber nach Pfingsten den Kopf zerbrechen. Für den friedlichen Bürger, der sich nur ungern mit der Politik beschäftigt, gibt es heute nur eine Sorge, nur eine bange Frage, hinter der alles andre zurücktreten muß: Wird Pfingsten verregnen?

Das Echo des Kolmarer Urteils.

Eine Protestkundgebung in Kolmar. Nach der Verkündung des Urteils am Donnerstagabend fand im Rathhaussaal in Kolmar eine durch Umhertragen von Plakaten einberufene Protestversammlung gegen das Urteil im Kolmarer Autonomienprozess, in der sämtliche Verteidiger der Angeklagten und die beiden Abgeordneten Veron aus Diederhosen und Dahlst aus Zabern das Wort ergriffen. Die in zwischen aus dem Gefängnis Entlassenen, Schlägel, Haub, Schweiter und Agnes Eggemann, erschienen, von der Menge jubelnd begrüßt, ebenfalls im Saal. Nach Schluß der Protestversammlung, in der ausdrücklich davor gewarnt wurde, Unvorsichtigkeiten zu begehen, zogen die meisten Versammlungsteilnehmer vor die Wohnung des Generalkonsulats nach, die bereits von einer starken Gendarmenpatrouille bewacht wurde. Die Menge brachte auf verschiedene Weisen ihren Unwillen über das ausgesprochene Urteil zum Ausdruck. Nach Mitternacht war das Straßenbild wieder vollkommen ruhig.

Elfässische Pressestimmen.

Die gesamte elfässische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Kolmarer Urteil, das von den meisten Blättern einer scharfen Kritik unterzogen wird. So schreibt der „Erfasser Kurier“: Das Unangenehme ist Tatsache geworden: Elfässische Geschworene haben es fertig gebracht, eine Verurteilung auszusprechen. Aus unbegreiflicher Verblendung, scheint es, haben die Geschworenen dieses Urteil gefällt gegen die vier führenden Persönlichkeiten unter den Angeklagten.

Man kann wohl feststellen, daß kein anderer Feind Frankreichs jemals der französischen Sache im Elsaß so unerbittlichen Schaden zugefügt hat als die Idioten, die diesen Komplottprozess inszenierten und der Wahrpruch dieser Geschworenen, welcher dieses schandvolle Urteil fällt. Eine Freisprechung hätte Veruhigung und Befriedigung schaffen können. Diese Verurteilung schafft Kampf.

Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ (Deutsche Ausgabe) schreiben: Wenn die Geschworenen vier von den Angeklagten schuldig gesprochen haben, so taten sie das jedenfalls deswegen, weil einzelne Tatsachen, die im Prozess vorgebracht wurden, ihnen zu verächtlich erschienen. Der Versuch ist ihnen nicht leicht gefallen, ein ungläubiges Urdel auf sie anzuspielen. Die Kritik, die über den Druck ist auf sie anspricht, wird, ist noch nicht beendet. Zu dem Prozess Anlaß gegeben hat, ist noch nicht beendet.

Das „Mülhauser Tageblatt“ schreibt (ebenfalls in die in französischer Sprache erscheinende Zeitung „La France de l'Est“): Sicherlich wird man versuchen, das Urteil zum Ausgangspunkt einer neuen Agitation zu machen. Die Idee ist gegenwärtig schwieriger denn je. Um sie wiederherzustellen, muß die Regierung auf die Mithilfe und den guten Willen aller Bürger des Elsaß zählen können.

Paris ist zufrieden.

Die meisten Pariser Blätter billigen das Kolmarer Urteil. Sie sprechen — wie „Matin“ — von einer großzügigen Milde der Geschworenen auf Veranlassung des Gerichts und hoffen, daß diese Mäßigung der Vorbote einer Ära der Entspannung und der Einigkeit sein werde, und daß die Geister zurückkehren zu einer gerechten Auffassung der nationalen Solidarität, die einen Augenblick durch eine ruchlose Kampagne irreführt worden sei, die die Mehrheit des Elsaß so bereit

mißbilligt habe. Die rechtsstehenden Blätter suchen das Urteil dadurch schmacht zu machen, daß sie den Verurteilten separatistische Tendenzen untergeschoben, was der Prozess bekanntlich nicht beweisen konnte. So schreibt „Echo de Paris“: Tatsachen haben das Vorhandensein des Komplottes bewiesen, dessen uneingeständenes, aber sicheres Ziel die Rückkehr des Elsaß zu Deutschland war.

Einige Blätter dagegen werden nachdenklich und stellen die Frage: War es geschickt, diesen Prozess zu führen? So schreibt „Deuxième“:

Man muß sich vor den Beschlüssen der Volksjustiz hüten. Wir hüten uns, ohne zu begreifen, Entwerber waren Nidlin, Hoffe, Fashauer und Schall Berater und dann mußte man mitleidlos sprechen, oder sie hatten einfach die ihnen eigenen Gedanken vertreten; in diesem Falle wurde der Kolmarer Prozess ein Zendenprozess, ein Weisungsprozess und in dieser Erkenntnis hätte der Anklagevertreter sich der Verteidigung anschließen und Freisprechung fordern müssen.

Was wird aus den Kammermandaten?

„Journal“ ... stellt die Frage, ob die Abgeordneten und die Abgeordneten gewählten Dr. Nidlin und Hoffe ihrer Mandate für verfallen erklärt werden können. Das Blatt sagt: Da ihnen die bürgerlichen und die politischen Rechte nicht abgesprochen wurden, muß die Kammer selbst sich äußern. Wenn sie ihre Wahl genehmigt, dann müssen die Abgeordneten ihre parlamentarischen Mandate auch ausüben können.

Wenn aber unter dem Vorwand, daß die Wähler von den Erklärungen der Kandidaten getäuscht worden seien, die Kammer die Gültigkeit ihrer Wahl verneinen würde, würde eine Neuwahl ausgesprochen werden, und für diese Neuwahl könnten natürlich sowohl Nidlin wie Hoffe, da ihnen die bürgerlichen Rechte nicht abgesprochen worden sind, wiederum kandidieren. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß sie in diesem Falle auch wieder kandidieren würden.

Zwei Verhaftungen in Zweibrücken.

Die herabgerissene Tricolore. Von dem französischen Offiziersjungen in Zweibrücken war am 1. Mai die französische Tricolore entfernt worden. Im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall verhafteten die französischen Besatzungsbehörden am Freitag morgen die 30 Jahre alte Anna Kornberger aus dem Bett heraus. Die Verhaftete wurde in Richtung Landau abtransportiert. Gleichzeitige wurde der Autogaragenbesitzer Eugen Franz ebenfalls aus dem Bett heraus verhaftet und festgenommen. Franz wurde gegen 9 Uhr gefesselt von zwei französischen Gendarmen nach Landau übergeführt.

Beide Verhafteten waren bereits vor einigen Tagen längerer Vernehmung unterzogen worden, weil sie mit zwei jungen Leuten, die von den Franzosen als verantwortlich für den Vorfall am 1. Mai angesehen werden, im Straßensaal ins unbesetzte Gebiet gefahren waren. Die beiden jetzt Verhafteten bestreiten, an dem Vorfall irgendwie beteiligt gewesen zu sein.

Wehe den Besiegten!

Maffolinis Gehälter in Innsbruck. Eine große italienische Taktlosigkeit hat in Innsbruck zu einem bedauerlichen Zwischenfall geführt. Das italienische Generalkonsulat besah die Geschmacklosigkeit, am Jahrestage des Verrats Italtens an seinen ehemaligen Bundesgenossen die italienische Flagge zu hissen. Jugendliche Burden rissen sie herunter, worauf die Flagge auf Verlangen des Generalkonsulats durch die städtische Feuerwehr unter Ehrenbezeugung einer Abteilung des Bundesheeres wieder aufgezoogen werden mußte.

In Innsbruck herrscht wegen dieses Vorfalls berechtigter Erregung. Bis gegen Mitternacht fanden Straßenaufgehungen statt, und immer wieder rotteten sich kleinere Gruppen zusammen. Ein Gerücht, wonach die Flagge noch ein zweites Mal niedergeholt worden sein sollte, hat sich jedoch nicht bestätigt. Die Demonstranten gelangten infolge der starken Wespennahmen nicht einmal in die Straße, in der das Konsulat liegt. Nach 10 Uhr abends wollten einige hundert meist jugendliche Personen zu einer italienischen Gastwirtschaft gehen. Sie wurden jedoch vor dem Lokal von der Wache aufgehalten, die die Menge unter Anwendung des Gummiknüppels und der blanken Waffen zerstreute. Auch Versuche, zur Privatwohnung des italienischen Konsuls zu gelangen, scheiterten infolge der polizeilichen Abwehrung.

Eine verhinberte Kundgebung des Landtags.

Eine vom Tiroler Landtag geplante gemeinsame Kundgebung aller Parteien scheiterte an dem Widerspruch der Sozialdemokraten. Der linke Mann, der die